0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 02/2006

Das Vermächtnis der Bremer Räterepublik

Als im November 1918 die Revolution das Kaiserreich hinwegfegte und aus Deutschland eine Republik wurde, ging es den Volksmassen, den Arbeitern und Soldaten nicht nur um die Beseitigung der Monarchie. Die Revolution sollte der Schlussstrich sein unter einen mörderischen Krieg und zugleich Auftakt für die Errichtung einer neuen demokratischen und sozialistischen Ordnung des gesellschaftlichen Lebens.
Aber es kam anders. Zwar musste der Kaiser gehen, aber die Generale blieben. Es blieb der alte reaktionäre Staatsapparat. Die Mächtigen der Schwerindustrie und der Banken behielten ihre politische und wirtschaftliche Macht. Statt der Sozialisierung - vom "Rat der Volksbeauftragten" in Berlin proklamiert - marschierten die Freikorps gegen das Volk und mordeten Tausende hervorragender revolutionärer Kämpfer. Dagegen wuchsen überall im Reich Widerstand und Empörung.

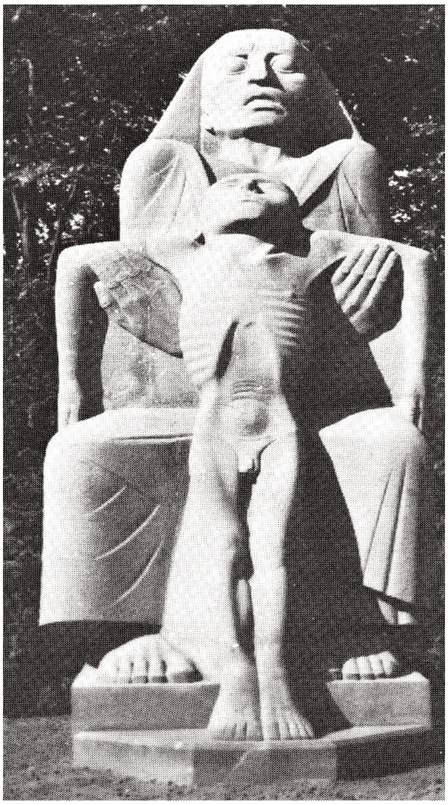
In Bremen rief der im November 1918 gebildete Arbeiter- und Soldatenrat im Kampf um die Erhaltung der demokratischen Errungenschaften der Revolution am 10. Januar 1919 die sozialistische Räterepublik Bremen aus. Doch bereits am 04. Februar 1919 stürmten reguläre Truppen im Auftrage der - aus den Nationalwahlen vom 19. Januar hervorgegangenen - sozialdemokratisch geführten Reichsregierung und Freikorps die Stadt. 30 Arbeiter und Soldaten fanden bei der Verteidigung der Bremer Räterepublik den Tod.

Ihnen zu Ehren wurde 1922 ein von Hoetger geschaffenes Mahnmal auf dem Waller Friedhof errichtet. Die Faschisten zerstörten dieses Symbol des revolutionären Kampfes der Bremer Arbeiterschaft im April 1933. Erst 1972 gelang es dann dem Ausschuss der Februarkämpfer - in dem auch unsere VVN- BdA aktiv mitwirkte - die Voraussetzungen für ein neues Ehrenmal zu schaffen. Im Februar 1972 konnte es mit der vom Bremer Bildhauer Georg Arfmann geschaffenen Skulptur eingeweiht werden.
Gemeinsam mit anderen demokratischen und sozialistischen Kräften unserer Stadt rufen wir auch in diesem Jahr wieder dazu auf, teilzunehmen an der Stunde der Ehrung und des Gedenkens für die gefallenen Februarkämpfer.

Worin liegt die aktuelle Bedeutung des Gedenkens und Erinnerns an das, was damals geschah?

Ich meine, der Kampf der Arbeiter und Soldaten in den Tagen des November 1918 bis zum Februar 1919 lehrt und mahnt: Frieden, demokratische und soziale Rechte durchsetzen und erhalten erfordert Kampf, erfordert Aktionen der Betroffenen. Und das ist - angesichts des massiven Sozialabbaus; der Massenentlassungen in Konzernbetrieben, die gleichzeitige Riesenprofite machen; der Rechtsentwicklung und nicht zuletzt der militärischen Ambitionen bundesdeutscher und bremischer Politik - heute so richtig und aktuell wie damals.

Herbert Breidbach



Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik

Am Sonntag, 05. Februar 2006, um 11:00 Uhr, Haupteingang des Waller Friedhofs

Es sprechen:
Dr. Axel Troost (MdB Linksfraktion, Memorandum-Gruppe)
Klaus Busch (stellv. Geschäftsführer und Gewerkschaftssekretär Ver.di Bezirk-Land Bremen)
Es singen **Mitglieder des Buchtstraßenchors**

anschließend:
Lesung aus und Gespräch über **Tankred Dorst, Toller** (Stück über die Münchener Räterepublik 1919) in der Kulturwerkstatt Westend

Es laden ein:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, ['solid], Linkspartei.PDS, Marxistische Abendschule (MASCH), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Bremer Friedensforum, Bremer Antikapitalistische Linke (BAL), Archiv der Sozialen Bewegungen, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Unterstützt vom Buchtstraßenchor.

Schäuble bald am Ziel?

Laut Weserkurier vom 06.01.2006 hat Innenminister Schäuble beim Verteidigungsminister für die Fußballweltmeisterschaft AWACS-Aufklärungsflugzeuge bestellt. Bereits im Herbst sprach er vom Einsatz des Militärs und seinem Vorhaben, Militäreinsätze im Innern durch eine Verfassungsänderung zu ermöglichen. Der Informationsdienst zur deutschen Außenpolitik "**German-Foreign-Policy. Com**" (www.german-foreign-policy.com) berichtete am 18.12.2005 über praktische Schritte ganz ohne Gesetzesänderung:

"(...) Während die deutschen Medien über die strittigen rechtlichen Grundlagen breit berichten, werden anlässlich der Fußball-WM - von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet - die Grundlagen für flächendeckende Bundeswehr-Inlandseinsätze geschaffen. Mit einer speziell auf die Fußball-WM ausgerichteten Übung haben militärische, polizeiliche, zivile und auch geheimdienstliche Organisationen gerade erst den koordinierten Inlands-Einsatz geprobt. Am 14. und 15. Dezember wurde unter der Gesamtleitung des Bundesministeriums des Innern die Stabsrahmenübung LÜKEX 05 ("Länderübergreifendes Krisenmanagement Exercise") mit über 2.000 Beteiligten abgehalten. Die Teilnehmer kamen aus den politischen Leitungen und Krisenstäben von Bundes- und Landesbehörden sowie aus ausgewählten Unternehmen der Wirtschaft und aus weiteren privaten Organisationen. Die Planung und die Übungssteuerung lagen beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das als Koordinationsstelle der sogenannten "Zivilen Verteidigung" der "Unterstützung der Streitkräfte" verpflichtet ist und den Auftrag hat, "Maßnahmen im zivilen Bereich" zu organisieren, "die der Unterstützung der Operationsfreiheit und der Operationsfähigkeit dienen". Das Großmanöver diente als "letzter großer Test vor der Fußball-WM". Während der Übung würden "die Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes (Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk), der polizeilichen Gefahrenabwehr (Polizeien des Bundes und der Länder), der Nachrichtendienste sowie der Bundeswehr zum Einsatz gebracht", verkündete das Bundesinnenministerium. Seitens der Bundeswehr waren alle Teilstreitkräfte (Heer, Luftwaffe, Marine und Zentraler Sanitätsdienst) beteiligt, die Führung hatte das Streitkräfteunterstüt- zungskommando in Köln-Wahn. Minister Schäuble zog nach Abschluss der Übung ein "rundum positives Fazit" und lobte die "enge Kooperation aller Teilnehmer". (...)"

Die Quellen von German-Foreign-Policy hierfür sind:

[1] Krisenmanagement-Übung LÜKEX 05 hat begonnen; www.heise.de, 14.12.05
[2] Übung LÜKEX 05: Bund und Länder üben das Zusammenwirken in Krisensituationen; www.bmi.bund.de, 15.12.05
[3] LÜKEX 05 - Länderübergreifendes Krisenmanagement Exercise; www.streitkraeftebasis.de, 14.12.05
[4] Schäuble zieht positives LÜKEX 05-Fazit; www.bmi.bund.de, 16.12.05

Regine Albrecht

AWACS über Fußballfeldern?

Bundesinnenminister Schäuble will mit AWACS-Flugzeugen die Sportstätten während der Fußballweltmeisterschaften überwachen lassen. Als Fußballfan freue ich mich auf diese Weltmeisterschaftsspiele. Aber als Freund von Abrüstung und Frieden bin ich über die AWACS nicht erfreut. Denn das sind Kriegsflugzeuge über deutschem Luftraum und damit auch Bundeswehreinsätze im Innern. Ich möchte nicht, dass Innere Sicherheit zu einer Angelegenheit von Soldaten wird. Die AWACS-Flüge verstoßen außerdem gegen das Grundgesetz und wirken als Türöffner für ein erweitertes Schlachtfeld für unsere Jungs.

Jürgen Karbe

Exportweltmeister

Mit 3,8 Milliarden Euro war Deutschland im vergangenen Jahr nach Russland, USA und Frankreich der viertgrößte Rüstungsexporteur. Auch für uns vom Bremer Friedensforum ist diese Zahl, die die "Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung" veröffentlichte, ein trauriger Beitrag zur Militarisierung der Welt. Die rotgrüne Regierung machte sich also zum Handlanger der deutschen Waffenschmieden. Auch die Bremer genossen "ordentliche Zuwachsraten", wie die Unternehmer ihre mit Profit klingelnden Kassen umschreiben. Lürssen baut Korvetten und Fregatten, EADS Eurofighter und Airbus Oliv, Krupp Atlas Torpedos, Feuerleitanlagen und unbemannte Kampfflugzeuge. Diese Produkte gehen dann auch in alle Welt. Die rotgrüne Regierung verstieß mit diesen Exporten gegen die eigene propagierte Friedenspolitik. So hatte sie in einer Koalitionsvereinbarung verkündet: "*Der nationale Rüstungsexport wird außerhalb von NATO und EU restriktiv gehandhabt. Bei Rüstungsexportentscheidungen wird der Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer als zusätzliches Entscheidungskriterium eingeführt...*" Einige Jahre später lieferte sie Panzer in die Türkei und nach Griechenland und U-Boote nach Israel.

Ernst Busche

Der Hippokratische Eid

Am Samstag, 07.01.2006, demonstrierten ca. 200 Menschen in Bremen gegen rassistische Polizeigewalt und forderten, dass die Verantwortlichen am gewaltsamen Tod von Laye-Alama Condé in der Obhut der Bremer Polizei vor einem Jahr ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden. Aus dem Redebeitrag von **Gisela Reher**, AntiLager Gruppe Hamburg:

"(...) Wir halten weiterhin dagegen, dass auch straffällig gewordene Menschen nicht einer unmenschlichen und oder erniedrigenden Behandlung unterworfen werden dürfen - auch für Leute, die illegale Drogen verkaufen gelten diese Menschenrechte!! Sie haben, selbst wenn sie mit den deutschen Gesetzen in Konflikt geraten sind, als Personen Anspruch auf Wahrung ihrer Menschenwürde. Es sollte in einem demokratischen Staat eigentlich selbstverständlich sein, dass auch Beschuldigte einer Straftat das Grundrecht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf eine Behandlung, die nicht ihre Gesundheit und ihr Leben gefährdet und die die Menschenwürde der Betroffenen respektiert, genießen. Die Brechmitteleinsätze widersprechen diesem Gebot, sie sind unverhältnismäßig und erwiesenermaßen gefährlich. Ärztliche Standesorganisationen und selbst der Deutsche Ärztetag haben sich wiederholt gegen die gewaltsame Verabreichung von Brechmitteln ausgesprochen.

Aus Presseberichten und aus Untersuchungsprotokollen haben wir erfahren, welchen Torturen Achidi John und auch Laye-Alama Condé während der Brechmittelvergabe ausgesetzt waren. Das Erschütternde für uns war jedes Mal die Tatsache, dass Menschen, die eigentlich dafür ausgebildet worden sind und deren Aufgabe es ist, Menschenleben zu schützen und zu bewahren - und die durch ihre Berufsethik und den so genannten Hippokratischen Eid auch an diese Grundsätze gebunden sind, sich an solchen menschenverachtenden Maßnahmen maßgeblich beteiligen und sich so zum Handlanger einer reaktionären und verlogenen Politik machen. Seit dem Tod von Achidi im Dezember 2001 bis September 2005 wurden am Institut für Rechtsmedizin der Universitätsklinik Eppendorf ungefähr 495 Brechmitteleinsätze durchgeführt, wovon die allermeisten allerdings ohne den Einsatz einer Magensonde erfolgten, wahrscheinlich weil die Betroffenen aus Angst vor den Folgen und der quälerischen Prozedur das Brechmittel lieber "freiwillig" schluckten. Über 90 % der Brechmitteleinsätze wurden laut behördlicher Statistik an Menschen afrikanischer Herkunft vorgenommen. (...)"

Nichts los in Bremen?

Wenn man dem Verfassungsschutz (VS) Glauben schenken soll, ist Bremen in Bezug auf neofaschistische Aktionen eine reine Oase. Dass dies Unsinn ist, dürfte jedem klar sein, sogar dem VS. Ein großer Teil der kriminellen Energie fließt ins Umland. Der Heisenhof ist da nur die Spitze des braunen Eisbergs. Auf allen möglichen Kundgebungen oder Demos in ganz Deutschland, für oder gegen etwas, tauchen die üblichen "Verdächtigen" auf (Hackmann, Fürstenberg, Gebr. Ostendorf, usw.). Nicht nur auf die "Freien Kameradschaften" muss ein Auge geworfen werden. Auch die "Chapter" der "Hammerskins" sollte man aufmerksam beobachten. Sie sind noch relativ unbekannt. Die 2000 verbotene "Blood & Honor"-Bewegung (Blut und Ehre) galt als militant, dagegen sind die "Hammerskins" um ein Vielfaches gefährlicher. Man kann sie als militant-rassistischen Orden bezeichnen. Die "Hammerskins" haben sich in den späten 1980er Jahren in Dallas/Texas gebildet. Der harte Kern bildet die so genannten regionalen "Chapter", bestehend aus wenigen sehr eng verbunden Mitgliedern. Ein Ausstieg würde den sicheren Tod bedeuten. Bundesweit soll es circa 100 - 120 von ihnen geben. In Bremen gibt es sie natürlich auch. Brandanschläge, Überfälle auf Ausländer und so genannte Bestrafungsaktionen gehören zu ihrem Repertoire.

Von den Wahlparteien spielen die Republikaner überhaupt keine und die DVU, trotz ihres Tittmanns, ebenso wenig wie die NPD kaum eine Rolle. Aber die drei Parteien bekamen 2002 doch über 2,3 Millionen Euro Wahlkampfkostenerstattung. Die NPD hat als Koordinationsknoten in der militanten Kameradschaftsszene eine weitaus größere Bedeutung. Der Parteistatus bietet den Mitgliedern der Kameradschaften und "Chapter" viele Möglichkeiten, die sie sonst so nicht hätten (z.B. Anmeldungen von Kundgebungen oder Demos, Informationsbeschaffung wie in Sachsen).
Im Bereich der Rotlicht- und Drogenkriminellen fallen immer häufiger auch Neonazis auf. In der Rockerszene sind es z.B. die "Banditos", "Gremium" oder "Hells Angels". Enge Kontakte zu diesem Bereich habe die Nazi-Hooligans (Pseudofußball-Fans). Früher wären die Neonazis von den "Hools" aus dem Stadion geprügelt worden, brachten sie doch die Fußballszene in Verruf. Heute laufen viele dieser Fußball-Schläger geistig Hand in Hand mit Hitler.
Das Medium Musik ist außerordentlich wichtig für die Neonazis. Einige Details finden sich im Artikel "Rechte Musik aus Bremen". Zum einen für die Gewinnung und Beeinflussung junger Menschen und zum anderen lässt sich mit Musik viel Geld verdienen. In der Zeit von 1991 bis 2000 wurden bundesweit über 1,5 Millionen CDs herausgebracht. Bis heute mag die Zahl schon bei zwei Millionen liegen. Zusammen mit den Gewinnen aus dem Verkauf der Kleidung, den Aufnähern und sonstigen Accessoires wird klar, dass rechte Subkultur und nazistische Ideologie zu einem profitablen Markt geworden sind. Dies alles kann natürlich nur ein kleiner Auszug aus verschiedensten Quellen sein. Zum intensiveren Studium empfehle ich u.a.: Sie marschieren wieder (Christine Krüger vom Weser-Kurier), Wir erobern die Städte vom Land aus (Andrea Röpke, ARUG), Braune Kameradschaften (Andrea Röpke und Andreas Speit, Links Verlag), White Noise (Searchlight und AIB, Unrast Verlag) und das Internet (z.B. http://bremen.antifa.net, http://www.kueste.vvn-bda.de/)

Gerold Fleßner

Rechte Musik aus Bremen

Im Bereich der Musikszene liefert Bremen mit "Kategorie C - Die Band" (KC) ein besonders finsteres Bild. Interner Zwist hat die Band mittlerweile in zwei Gruppen geteilt. Die einen nennen sich jetzt "Vollkontact" und unter Hannes Ostendorf macht der Rest der alten Band als "Kategorie C - Hungrige Wölfe" weiter. Hinter der Bezeichnung "Kategorie C" steht im Polizeijargon die gewalttätigste Form der Hooligans. Bei den Brüdern Hendrik und Hannes Ostendorf kommt eben noch die neonazistische Ideologie hinzu. Für ordentlichen Wirbel sorgten sie in Lüneburg. Dort wurde ein Konzert mit "Kategorie C - Hungrige Wölfe" verboten (auch nach Einschaltung des "Deutschen Rechtsbüros" um die Anwälte Jürgen Rieger und Gisela Pahl). Als dann die Band samt Anhang trotzdem auftauchte, gab es einen Tumult. Die Polizei nahm die Bande fest. Unter ihnen befanden sich unter anderem Hannes Ostendorf und auch Martin Elsner (Betreiber des Hool-Ladens "Sieg oder Spielabbruch" aus Bremen-Hastedt).
Hannes O. taucht auch bei "Nahkampf" als Sänger auf. Diese Band ist im "Blood & Honor"-Umfeld beheimatet. Ähnlich sieht es bei einer der ältesten Nazis-Bands Deutschlands aus Bremen, "Endstufe", aus.

Gerold Fleßner

Folter

Ein Markenzeichen des Faschismus!

Gefoltert wurde tausendfach als ein Mittel, die Opposition im Lande einzuschüchtern und Widerstand zu brechen. Die Opfer der Folter in den Gefängnissen und KZs sollten zu Aussagen gezwungen werden. Andererseits sollten sie in ihrer Psyche gebrochen werden bis hin zum qualvollen Tod. In den Nürnberger NS-Urteilen wurden diejenigen bestraft, die sich der Folter bedient und sich damit an den Menschenrechtsverletzungen beteiligt hatten. Alles schon vergessen?

Folter - Ein Markenzeichen der neuen Weltordnung!

Im Kampfe gegen den Terrorismus werden Menschenrechte, die sonst unsere Ideale sein sollen, bei Seite geschoben. Es wird von der US-Regierung die Folter der CIA und des Militärs geduldet und die "Folter weltweit als Mittel im Kampf gegen den Terror wider das eigene Bekenntnis der USA zu den Menschenrechten etabliert." (WK 02.12.2005) Psychologische Verhörmethoden, Isolationshaft, Demütigungen durch Nacktheit und sexuelle Nötigungen, Säcke über dem Kopf usw. im Kampf gegen den Terrorismus sind seit Guantánamo und Abu Ghraib bekannt. Auch den Politikern in Deutschland. US-Senatoren votieren gegen inhumane und entwürdigende Behandlung und Bestrafung, dagegen droht Bush von seinem Veto-Recht Gebrauch zu machen, falls die Senatoren ein Gesetz verabschieden sollten. Alle diese Fakten waren der rot-grünen Regierung als auch der jetzigen Regierung bekannt. Aber wo bleibt ihre Antwort?

So steht es in Merkels Regierungserklärung "was uns wichtig ist und den Kern unserer Zivilisation ausmacht - Freiheit, Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit." Da werden auf unserem eigenen Territorium exterritoriale Gebiete von CIA-gecharterten Flugzeugen für Gefangenentransporte genutzt und die eigenen Regierungen sagen uns, sie wüssten davon nichts. Dabei wird jeder Bürger telefonisch überwacht, die Telefonate gespeichert. Da kann jeden Bürger der große Lauschangriff ereilen. Und in Zukunft kommt der biometrische Personalausweis. Wir sind perfekt überwacht.

Über Flugzeugtransporte mit Gefangenen hat die deutsche Regierung gewusst und hat uns belogen. So ging dann auch der Außenminister angeblich mit dem Auftrag zur Klärung aufrecht mit Zylinder unterm Teppich zum Antrittsbesuch in die USA. Das Ergebnis lässt keine Aussage zu. Wer Folter und Menschenrechtsverletzungen zulässt, darf sich nicht wundern, wenn sie uns selbst einholen.

Walter Federmann

Teil der unaufgearbeiteten Vergangenheit

Das Studium einer Sonderseite des "Weser Kurier" vom 31.12.2005 mit dem Titel «Der Widerstand der "Kleinen Leute"» hat mich veranlasst diesen Artikel zu schreiben.

Grundlage der Sonderseite war ein Gesprä.ch zwischen dem WK-Reporter Arn Strohmeyer und dem Historiker Prof. Wolfram Wette aus Freiburg. Etliche Beispiele zeigen darin auf, dass viele verpflichtete Soldaten niedriger Dienstgrade mit Zivilcourage Widerstand leisteten und das Leben von Verfolgten retteten.

Ein Zitat von Prof. Wette:
"Bei dem jährlichen Gedenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus sollte an diese Menschen zumindest auf gleicher Augenhöhe mit dem Offizierswiderstand des 20. Juli 1944 erinnert werden: also an die Kriegsdienstverweigerer, die Deserteure und die Retter in Uniform."
Unser Freund Ludwig Baumann hat erst nach jahrelangem Kampf eine Teil-Rehabilitierung als Deserteur erreicht, weil etliche Richter ihre Vergangenheit bisher wohl nicht bearbeitet haben. Das wird auch deutlich bei folgendem Vorgang. In Bad Essen bei Osnabrück hatten rund 90 Bürger gegen eine geplante Sylvesterfeier von NPD-Mitgliedern in einem dortigen Hotel demonstriert und die Gemeinde hatte per Verfügung diese Zusammenkunft verboten!

Das Verwaltungsgericht Osnabrück sah jedoch keinen Anlass für ein Verbot. Obwohl doch eindeutig bekannt ist, dass die Neo-Nazis unser Grundgesetz verletzen, Mord und Totschlag begehen, Hochrufe auf die SS loslassen und den Holocaust leugnen erhalten diese Unverbesserlichen aktive Hilfe von Richtern, deren schwarze Roben meines Erachtens immer noch oder schon wieder mit braunen Flecken behaftet sind!

Bleiben wir wachsam.

Friedel Becker

Gorbi kommt

Zur Mitteilung Bürgermeister Böhrnsens, die Unterkunft für Michael Gorbatschow sei gesichert, erklärt **Michael Horn**, für die Linkspartei.PDS im Gesamtbeirat (Gesamtvertretung der einzelnen Stadtteilparlamente):

"Die Beherbergungskosten für Gorbatschow in Höhe rund 30.000 Euro werden von Bremer Mäzenen finanziert, während viele Bremer Obdachlose unter freiem Himmel leben und übernachten müssen. So sehr es richtig ist, dass die Beherbergungskosten nicht der öffentlichen Hand zur Last fallen, so sehr wäre es geboten, von Seiten der Senatskanzlei und des Sozialressorts darüber nachzudenken, wie in Bremen dafür gesorgt werden kann, dass Obdachlose gerade im Winter geheizte Schlafplätze finden können und nicht dazu gezwungen sind, unter freiem Himmel zu «kampieren». Wir sollten uns keine Gedanken darüber machen, wie wir die Unterkunft für eine Person bezahlt bekommen. Vielmehr ist wichtig, dass wir Wohnungslosen einen menschenwürdigen Wohnraum zur Verfügung stellen können."

Landesmitgliederkonferenz

Wir laden alle Mitglieder zur Landesmitgliederkonferenz **am Samstag, 25. März 2006, um 15:00 Uhr,** in der Begegnungsstätte am Haferkamp ein (zur erreichen über Straßenbahn 2 oder 10). **Bitte Mitgliedsbücher mitbringen.**

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlussfähigkeit, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
2. Unsere Aufgaben 2006, Bericht des Landesvorstands, Kassen- und Revisionsbericht
3. Aussprache, Entlastung des Vorstands
4. Wahl des/der Vorsitzenden, stellv. Vors., Kassierers/in
5. Wahl des Geschäftsführenden und Landesvorstands, der Revisoren und Schiedskommission
6. Anträge und Beschlüsse
7. Verschiedenes, Ankündigungen, Schlusswort

Der Landesvorstand

www.vvn-bda.de

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen, erreichbar.
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0172-9822790) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Bremen, den ____________________